



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 26. Oktober 2016
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 160912022734
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Berlin

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist eine 100-%ige Tochter der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Sie handelt als zivilrechtliche Eigentümerin im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung der BvS, die wirtschaftliche Eigentümerin aller von der BVVG zu verwaltenden und zu verwertenden Flächen und sonstigen Vermögenswerte ist.

Die BVVG nimmt auf der Basis eines 1996 abgeschlossenen und zum 01.01.2001 sowie zum 01.01.2008 jeweils neu gefassten Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrages mit der BvS Aufgaben des Immobilienmanagements im ländlichen Raum der fünf neuen Länder für den Bund wahr. Sie umfassen vor allem den Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen, die Verpachtung von Acker- und Grünland, die Bewirtschaftung der Forstflächen, die Veräußerung von Bauland und Bergwerkseigentumen, die Reprivatisierung von Flächen und sonstigen Vermögenswerten an berechnigte Personen und Vermögenszuordnungen an Gebietskörperschaften, die Erfassung, Sicherung und Dokumentation des Vermögens, die Verwaltung und Verwertung von Wirtschaftsgebäuden sowie das Management von Pacht- und Kaufverträgen. Seit dem 01.01.2009 hat die BVVG auf der Grundlage eines entsprechenden Vertrages weitere Aufgaben von der BvS insbesondere in den Bereichen Vertragsmanagement und Reprivatisierung geschäftsbesorgend übernommen.



Seit Mitte 1996 ist die BVVG die Privatisierungsstelle des Bundes für den begünstigten Flächenverkauf nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und der Flächenerwerbsverordnung (FlErwV). Diese gesetzlichen Vorschriften wurden durch das Vermögensrechtsergänzungsgesetz vom 22. September 2000 und das Flächenerwerbsänderungsgesetz (FlErwÄndG) vom 3. Juli 2009 aktualisiert. Mit dem im März 2011 in Kraft getretenen 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz (2. FlErwÄndG) hat sich der Aufgabenbereich des begünstigten Flächenverkaufs wieder erheblich ausgeweitet. Den Alteigentümern wurde mit diesem Gesetz die Möglichkeit eröffnet, landwirtschaftliche Flächen in einem begrenzten Umfang unter Zugrundelegung der regionalen Wertansätze 2004 zu erwerben. Waldflächen werden überwiegend begünstigt nach EALG an Alteigentümer verkauft.

Im Frühjahr 2010 verständigten sich Bund und Länder auf eine Neufassung der Grundsätze für die weitere Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen der BVVG (PG 2010). Den Pächtern wurde neben dem bisher schon möglichen Direkterwerb in bestimmtem Umfang bis zum Ende des langfristigen Pachtvertrages die Möglichkeit eingeräumt, diese Flächen unter Beibehaltung des Direkterwerbsanspruches über weitere vier Jahre oder unter Verzicht auf den Direkterwerbsanspruch über weitere neun Jahre zu pachten. Im Januar 2013 wurden leichte Modifikationen zu den PG 2010 vorgenommen. So wurde u.a. die Größe der zur Ausschreibung vorgesehenen Lose reduziert und Junglandwirten die Teilnahme an beschränkten Ausschreibungen ermöglicht. Mit Wirkung zum 01.07.2015 sind die Privatisierungsgrundsätze erneut durch Protokollnotizen an einigen Stellen geändert worden. So wurde u.a. die Privatisierungstätigkeit der BVVG um fünf Jahre bis 2030 verlängert und die Größe der zur Ausschreibung vorgesehenen Lose weiter reduziert.

Die Zentrale der BVVG mit der Geschäftsführung und den für Grundsatz- und Querschnittsangelegenheiten zuständigen Bereichen befindet sich in Berlin. In den neuen Bundesländern hatte die Gesellschaft bis Ende 2015 acht Niederlassungen (Schwerin, Neubrandenburg, Brandenburg/Berlin, Cottbus, Magdeburg, Halle, Dresden und Erfurt).

Seit dem 01.01.2016 werden die operativen Aufgaben in vier Niederlassungen an vier Standorten wahrgenommen. Die Standorte sind Schwerin, Berlin, Magdeburg und Dresden. Die Reduzierung auf fünf Bereiche in der Zentrale ist bereits erfolgt.

Die Aufbauorganisation in der Zentrale (Berlin) und den Niederlassungen wird kontinuierlich an die absehbare Entwicklung des Aufgabenvolumens angepasst.

Im Jahr 2015 hat sich die Zusammensetzung des Aufsichtsrates geändert. Mit Ablauf der Amtsperiode zum 15. Juli 2015 schieden der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Ministerialrat a.D. Manfred Weidemann, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Ralf Wolkenhauer sowie das Aufsichtsratsmitglied Herr Axel Kunze aus.

Neu zu Aufsichtsratsmitgliedern wurden vom Gesellschafter Herr Ministerialdirigent Dr. Johannes Schuy, Frau Ministerialdirektorin Dr. Katharina Böttcher sowie Frau Direktorin Sabine Lorscheid bestellt. Herr Dr. Schuy wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden und Frau Dr. Böttcher zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Seit dem 01.07.2015 werden auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses die Aufgaben der Internen Revision vom Stabsbereich Innenrevision (VOIR) der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wahrgenommen.

Auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung ist die BVVG nicht tätig.

II. Wirtschaftsbericht

Die BVVG hat im Geschäftsjahr 2015 ihre im o. g. Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BvS vereinbarten Verwertungs- und Verwaltungsaufgaben in vollem Umfang erfüllt. Sie erwirtschaftete daraus Umsatzerlöse von rd. 54 Mio. €. Der handelsrechtliche Überschuss betrug im Berichtsjahr 756 T€, geplant waren 577 T€.

Die Mitarbeiterzahl der BVVG hat sich in Übereinstimmung mit der langfristigen Unternehmensplanung im Verlaufe des Geschäftsjahres weiter kontinuierlich verringert; am 31.12.2015 waren einschließlich Geschäftsführung und Langzeiterkrankten in der Gesellschaft noch 533 Personen - das entspricht 519 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) - beschäftigt. Die Personalreduzierung

beruhte überwiegend auf dem Abschluss von Aufhebungsverträgen und dem Eintritt von Mitarbeitern in die passive Phase der Altersteilzeit. Der Geschäftsplan 2015 sah eine Personalkapazität von rd. 533 Vollzeitäquivalenten vor.

Am 31.12.2015 befanden sich 21 Auszubildende in der Berufsausbildung bei der BVVG.

Das Auslandsberatungsgeschäft der BVVG wurde auch im Jahr 2015 mit dem Schwerpunkt Ukraine - teilweise gemeinsam mit Kooperationspartnern - weitergeführt. Darüber hinaus erfolgte kurz vor Jahresende die Teilnahme an einer Prüfmission für die Vorbereitung der Folgephase eines Projektes der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Brasilien im Bereich Landnutzung. Die Auslandsberatung der BVVG konzentriert sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung sowie der EU auf Fragen des Landmanagements in Transformationsländern, und zwar insbesondere auf das Management von staatlichen Flächen in ländlichen Räumen. In 2016 ist neben der Fortführung der bilateralen Projekte in der Ukraine und in Kroatien die Zusammenarbeit mit der GIZ in Projekten in Brasilien, Äthiopien und eventuell Südafrika vorgesehen.

Vermögenslage

Das Bilanzvermögen der BVVG GmbH ist gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 5.297 T€ (- 19 %) gesunken. Auf der Aktivseite wirken sich vor allem die Verminderung des Bestandes an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 4.740 T€ (- 19 %) aus. Das resultiert aus dem abrechnungsmethodisch und stichtagsbestimmten Rückgang der Forderungen gegenüber dem Gesellschafter als Folge der Entwicklung bei den Personalrückstellungen.

Auf der Passivseite der Bilanz werden eine Reduzierung der Rückstellungen um 4.604 T€, ein Rückgang der Verbindlichkeiten um 664 T€ und ein nahezu unverändertes Eigenkapital von 1.268 T€ ausgewiesen. Die Reduzierung der Rückstellungen betrifft vor allem die Rückstellungen für personalbezogene Aufwendungen (- 4.597 T€, darunter - 4.168 T€ Rückstellungen für Abfindungen). Die Eigenkapitalquote stieg dadurch von 4,6 % (31.12.2014) auf 5,6 %.

Finanz- und Ertragslage

Die Finanzlage der BVVG und ihre Ertragslage sind unverändert stabil. Auf der Basis bestehender Verträge mit dem Hauptauftraggeber werden der Gesellschaft kontinuierlich die Aufwendungen für ihre Tätigkeit im Rahmen der Geschäftsbesorgung zuzüglich einer Gewinnmarge erstattet. Der für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgewiesene Rückgang der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 4.278 T€ (2014: 59.153 T€; 2013: 67.601 T€) resultiert überwiegend aus dem rückläufigen Aufgabenvolumen und dem damit verbundenen Personalrückgang. Die vom Gesellschafter zu erstattenden Aufwendungen zur Erledigung der operativen Aufgaben gehen damit planmäßig und kontinuierlich zurück. Der handelsrechtliche Überschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 29 T€ gesunken (2014: 784 T€; 2013: 592 T€).

Der Liquiditätsbedarf der BVVG ist jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist über den Gesellschafter in das Abrufverfahren des Bundes einbezogen. Über diesen Weg werden täglich freie liquide Mittel dem Bundeskreislauf zugeführt; im Bedarfsfall sichert der Bund umgekehrt die rechtzeitige Bereitstellung erforderlicher Mittel zur Deckung finanzieller Verpflichtungen.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen sowie bestandsgefährdende Risiken oder Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB bestehen aufgrund der spezifischen Finanzierungsvereinbarung mit dem Gesellschafter, die den besonderen Aufgaben der Gesellschaft Rechnung trägt, nicht. Das hierfür erforderliche Risikomanagementsystem entspricht dieser besonderen Situation. Diese Rahmenbedingungen werden sich auch in den kommenden Jahren im Grundsatz nicht ändern, so dass die Gesellschaft weiterhin positive Jahresergebnisse für 2016 in Höhe von 234 T€ und für 2017 in Höhe von 588 T€ erwartet.

Im Jahr 2016 wird der begünstigte Alteigentümergewerb im Rahmen der Berechtigungen nach dem EALG auf weiter sinkendem Niveau fortgeführt. Die aktuell noch nicht erledigten rd. 200 Anträge sollen in diesem Jahr so weit wie möglich abgearbeitet werden. Nach aktueller, allerdings weiterhin mit Unsicherheiten behafteter Einschätzung, führt die Umsetzung des 2. FlErwÄndG kalkulatorisch zu verminderten Einnahmen aus der Verwaltung und Verwertung treuhänderisch übertragener land- und forstwirtschaftlicher Flächen in Höhe von insgesamt rd. 879 Mio. € im Verhältnis zum Verkehrswert. Diese Mindereinnahmen sind Bestandteil der Ergebnisse der Jahre 2011 bis 2015 sowie der Planungen 2016 bis 2020.

Die Verwertung landwirtschaftlicher Flächen außerhalb des EALG wird auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern im Jahr 2006 vereinbarten und 2010, 2013 und 2015 modifizierten Privatisierungsgrundsätze durchgeführt.

Die Preisbildung beim Direktverkauf landwirtschaftlicher Flächen zum Verkehrswert erfolgt weiter nach der mit den Bundesressorts abgestimmten Arbeitsanleitung zur Kaufpreisermittlung. Mit der Anwendung des Ende 2012 bei der Europäischen Kommission notifizierten Vergleichspreisystems (VPS) zur Ermittlung der Kaufpreise bei Direktverkäufen werden unzulässige Subventionen insbesondere nach Beihilferecht der EU vermieden.

Der Verkauf von forstwirtschaftlichen Flächen soll bis Ende 2017 mit Ausnahme von nicht selbständig privatisierungsfähigen Rest- und Splitterflächen abgeschlossen werden. Dabei wird erwartet, dass der überwiegende Teil der Flächen nach den Bestimmungen des AusgLeistG begünstigt an Alteigentümer verkauft wird.

Die ungebrochene Dynamik bei der Erschließung von Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen beinhaltet auch für die BVVG weiterhin erhebliche wirtschaftliche Chancen. Die BVVG rechnet im Planungszeitraum 2016 bis 2020 mit Erlösen von rd. 156 Mio. € in diesem Geschäftsfeld.

Der Flächenverkauf über alle Segmente wird sich mit Ausnahme in 2017 in den kommenden Jahren aufgrund der Streckung des Privatisierungszeitraumes bis 2030 insgesamt rückläufig entwickeln und sich mittelfristig bei knapp 10.000 ha jährlich stabilisieren (2016: 13.800 ha, 2017: 26.200 ha, 2018: 10.500 ha, 2019: 9.800 ha). Der Anstieg in 2017 ist auf einen Sondereffekt zurückzuführen; in der Planung wurden rd. 13.000 ha zur Realisierung der Aufgaben der Wasserrahmenrichtlinie, des Hochwasserschutzes, des Nationalen Naturerbes und der BMU-Reserve mit einem Erlösvolumen von rd. 150 Mio. € berücksichtigt.

Die erforderlichen Aufwendungen werden kontinuierlich an das Aufgabenvolumen angepasst. Dadurch ist die Abführung von jährlichen Überschüssen an den Gesellschafter weiterhin gesichert. Im Jahr 2016 wird mit einem Überschuss von rd. 216 Mio. € gerechnet.

Die Personalplanung des Unternehmens folgt ebenfalls der erwarteten rückläufigen Aufgabenentwicklung. Danach soll der Mitarbeiterbestand in den kommenden fünf Jahren von durchschnittlich 407 VZÄ auf 336 VZÄ reduziert werden. Der Abbau erfolgt im Wesentlichen durch natürliche Fluktuation, Auslaufen befristeter Arbeitsverträge sowie Altersteilzeit. Die erforderliche bilanzielle Vorsorge wurde getroffen.

Ab dem Jahr 2016 werden die operativen Aufgaben in vier Niederlassungen an vier Standorten gebündelt. Diese Entwicklung ist in den aktuellen Planungen berücksichtigt worden.

Für das Jahr 2016 sind Investitionen i. H. v. 1.200 T€ geplant, darunter 853 T€ für Hard- und Software sowie 255 T€ für Fahrzeuge.

Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Gesellschaft ist nicht vorgesehen.

Am 09.12.2013 hatte die Geschäftsführung der BVVG beschlossen, den Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) vom 02.12.2008 mit der LAFOS Dienstleistungs GmbH i.L. mit Ablauf des 31.12.2014 fristgemäß zu kündigen. Die BVVG nimmt ab 01.01.2015 alle im o. g. GBV geregelten Aufgaben in eigener Verantwortung und mit eigenem Personal wahr. Die daraus erforderliche Erhöhung der Personalkapazitäten und die damit einhergehende Reduzierung der Dienstleisterkosten ist in den aktuellen Planungen der BVVG berücksichtigt worden.

IV. Nachtragsbericht

Die Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben zwischenzeitlich ihr Interesse bekundet, die für Zwecke der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und des Hochwasserschutzes benötigten Flächen bereits im Jahr 2016 zu erwerben. Brandenburg strebt einen zeitlich gestaffelten Erwerb an. Die Konkretisierung des Interesses der Länder hat allerdings noch keine Vertragsreife erreicht, so dass die weitere Entwicklung abzuwarten bleibt. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Berlin, 31. März 2016

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Wolfgang Suhr

Stefan Schulz

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA

	Nr. des Anhangs	2015 EUR	2014 TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software		159.380,00	366
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.360.628,00	2.075
III. Finanzanlagen			
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	(1)	52.103,96	6
		1.572.111,96	2.447
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(2)	174.508,84	136

	Nr. des Anhangs	2015	2014
		EUR	TEUR
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(3)	19.435.621,44	23.317
3. Sonstige Vermögensgegenstände	(4)	591.242,40	1.488
		20.201.372,68	24.941
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		14.125,45	85
		20.215.498,13	25.026
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		323.220,59	244
E. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG	(5)	613.895,56	304
SUMME		22.724.726,24	28.021
Treuhandvermögen		755.089.081,69	893.293
PASSIVA			
	Nr. des Anhangs	2015	2014
		EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		512.000,00	512
II. Jahresüberschuss	(6)	755.723,19	784
		1.267.723,19	1.296
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen	(8)	1.780.122,92	1.878
2. Steuerrückstellungen		385.037,00	0
3. Sonstige Rückstellungen	(9)	18.628.519,61	23.519
		20.793.679,53	25.397
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Erhaltene Anzahlungen	(10)	0,00	102



	Nr. des Anhangs	EUR	2015 EUR	2014 TEUR
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(11)	550.158,93		757
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(12)	46.139,87		390
4. Sonstige Verbindlichkeiten		66.075,41		78
davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vj.: EUR 0,00)			662.374,21	1.327
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 59.995,61 (Vj.: EUR 71.962,48)				
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			949,31	1
Summe			22.724.726,24	28.021
Treuhandkapital und Verbindlichkeiten			755.089.081,69	893.293

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Nr. des Anhangs	EUR	2015 EUR	2014 TEUR
1. Umsatzerlöse	(1)		54.875.343,69	59.153
2. Sonstige betriebliche Erträge	(2)		4.080.593,18	4.604
3. Personalaufwand				
a) Gehälter		-		
		34.721.400,83		-36.142
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-6.637.497,37		-7.330
davon für Altersversorgung: EUR 737.374,19 (Vj.: TEUR 1.119)			- 41.358.898,20	-43.473
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-1.200.022,00	-1.260

		2015	2014
	Nr. des Anhangs	EUR	TEUR
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-	
	(3)	14.414.433,65	-17.663
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		332.321,55	108
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1,92 (Vj.: EUR 528,88)			
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 295.395,22 (Vj.: TEUR 107)			
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-764.960,78	-560
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 746.201,56 (Vj.: TEUR 560)			
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.549.943,79	910
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(4)	-779.496,60	-118
10. Sonstige Steuern		-14.724,00	-8
11. Jahresüberschuss		755.723,19	784

Anhang 2015

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 der BVVG Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH, Berlin, wurde nach den Vorschriften des HGB, des GmbHG und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Die besonderen Bilanzvermerke sind aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit teilweise im Anhang verzeichnet. Die GmbH ist entsprechend § 267 HGB eine große Kapitalgesellschaft. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Absatz 2 HGB aufgestellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen Immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Gegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Die EDV-Software und die EDV-Hardware werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (drei Jahre) und das übrige Sachanlagevermögen über drei bis dreiundzwanzig Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der Mietereinbauten richtet sich nach den individuellen Verträgen der BVVG mit den Vermietern. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 60,01 EUR und 410,00 EUR werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlagengitter im Abgang der Sachanlagen gezeigt.

Die Versicherungsansprüche zur Deckung der betrieblichen Pensionszusagen wurden mit dem Deckungskapital einschließlich vorhandener Werte aus Überschussbeteiligungen angesetzt. Wie im Vorjahr erfolgte eine Saldierung der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen zum beizulegenden Zeitwert, soweit die übrigen Voraussetzungen für Deckungsvermögen erfüllt sind, mit den Pensionsrückstellungen.

Die Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Zeitwertkonten erfolgt durch Einzelverpfändung bei der Allianz-Lebensversicherung-AG. Die Versicherungsansprüche zur Deckung der Ansprüche aus Zeitwertkonten wurden mit dem Deckungskapital einschließlich vorhandener Werte aus Überschussbeteiligungen abzüglich der Kosten angesetzt. Es erfolgte eine Saldierung des Deckungsvermögens zum beizulegenden Zeitwert mit den Rückstellungen für Zeitwertkonten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden in Übereinstimmung mit den Kassenbüchern und Kontoauszügen zu Nominalwerten ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 250 Absatz 1 HGB Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die Pensionsrückstellungen sind mit dem Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB verrechnet worden. Seit Inkrafttreten des BilMoG werden die Berechnungen nach den Vorschriften des § 253 Absatz 1 Satz 2 HGB durchgeführt. Sie wurden auf versicherungsmathematischer Grundlage ermittelt.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden folgende Methoden und Annahmen zugrunde gelegt:

- Bewertungsmethode: Projizierte Einmalbetragsmethode
- Biometrie: Richttafeln Heubeck 2005G
- Rechnungszins: 3,89% Handelsbilanz; 6% Steuerbilanz
- Rententrend: entsprechend der Zusage, sonst 2%

Die Einzelzusagen sehen keine Anpassung an künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen vor.

Sonstige Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelten Erfüllungsbetrag bewertet und umfassen alle erkennbaren, jedoch ungewissen Verpflichtungen. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, soweit hinreichend objektive Hinweise für ihren Eintritt vorliegen.

Bei der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen wurden folgende Methoden und Annahmen zugrunde gelegt:

- Biometrie: Richttafeln Heubeck 2005G
- Rechnungszins: 2,34% Handelsbilanz; 5,5% Steuerbilanz



- Dynamik der anrechenbaren Bezüge: 2,5%
- Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung: 64.800 EUR
- Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung: 50.850 EUR

Die Rückstellungen für Zeitwertkonten sind mit dem Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB vollständig verrechnet worden.

Abzinsung von Rückstellungen

Gemäß § 253 Absatz 2 HGB sind Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf der Grundlage des durch die Deutsche Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen. Rückstellungen mit nicht ganzjährigen Fristigkeiten wurden durch Anwendung der Vereinfachungsregelung - Verwendung des jeweils niedrigeren Ganzjahreszinssatzes (Vorsichtsprinzip) - abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 250 Absatz 2 HGB Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die laufenden Nummern verweisen auf die entsprechenden Abschlussposten.

Die Entwicklung des Anlagevermögens gemäß § 268 Absatz 2 HGB ist im Anlagengitter dargestellt.

Nr. 1 Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen

	2015	2014
1. Aktivwerte Rückdeckungsversicherungen Pensionen		
(nach Verrechnung mit den Pensionsrückstellungen)	0	0
2. Aktivwerte Rückdeckungsversicherungen Zeitwertkonten		
(nach Verrechnung mit den Rückstellungen Zeitwertkonten)	52	5
	52	5

Die Aktivwerte Rückdeckungsversicherungen Pensionen (ausschließlich verpfändete Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen) wurden vollständig mit den Pensionsrückstellungen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen betrug 1.306 TEUR (Vorjahr 1.370 TEUR).

Die Zahlungseingänge der Versicherungen für Pensionen wurden in Höhe von 46 TEUR als Reduzierung der Aktivwerte gebucht.

Die Aktivwerte Rückdeckungsversicherungen Zeitwertkonten beinhalten den beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsansprüche, welche kein Deckungsvermögen darstellen, in Höhe von 52 TEUR (Vorjahr 5 TEUR). Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens betrug lt. Mitteilung des Versicherers insgesamt 3.248 TEUR (Vorjahr 2.119 TEUR), davon verrechnet 2.634 TEUR (Vorjahr 1.815 TEUR). Aufgrund zur Verrechnung fehlenden Rückstellungspotentials wird Deckungsvermögen in Höhe von 614 TEUR (Vorjahr 304 TEUR) als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung (Nr.5) ausgewiesen.

Nr. 2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen mit Ausnahme des Steuererstattungsanspruches aus dem Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 7 TEUR (Vorjahr 13 TEUR) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Nr. 3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen 2015

	2015	2014
	TEUR	TEUR
1. Forderungen gegen Gesellschafterin	19.421	23.290
Forderungen gegen die BvS (aus Leistungsverrechnungen)	18.909	22.778
Geldanlage Bund/BvS	512	512
2. Forderungen gegen andere verbundene Unternehmen	15	27
	19.436	23.317

Nr. 4 Sonstige Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr wurde der Erstattungsanspruch des Körperschaftsteuerguthabens in Höhe von 12 TEUR (Vorjahr 17 TEUR) als sonstiger Vermögensgegenstand zum Barwert aktiviert.

Nr. 5 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Als Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung wird das nicht mit den Rückstellungen Zeitwertkonten verrechnete Deckungsvermögen in Höhe von 614 TEUR (Vorjahr 304 TEUR) ausgewiesen.

Nr. 6 Jahresüberschuss

Der Gewinn des Jahres 2015 beträgt 755.723,19 EUR. Es wird vorgeschlagen, den Gewinn des Jahres 2015 in voller Höhe an die Gesellschafterin auszuschütten.

Nr. 7 Rückstellungen - Übersicht

	2015	2014
	TEUR	TEUR
1. Pensionsverpflichtungen ¹	1.780	1.878



	2015	2014
	TEUR	TEUR
2. Steuerrückstellungen	385	0
3. Sonstige gesamt	18.629	23.519
davon Personal gesamt	16.123	20.720
Abfindungen ²	4.859	9.027
Altersteilzeit	8.294	8.133
Sonderzahlungen ²	2.211	2.695
Urlaubsverpflichtungen/Gleitzeitguthaben gesamt	759	865
Zeitwertkonten ^{2,3}	0	0
davon Übrige gesamt	2.506	2.799
Archivierung/Aufbewahrung ²	1.883	1.656
Eingangsrechnungen ²	567	1.084
Jahresabschluss/Steuerberatung	56	59
	20.794	25.397

¹ incl. Verrechnung mit verpfändeten Rückdeckungsversicherungen

² incl. Abzinsung für Abfindungen, Sonderzahlungen (berufliche Neuorientierung Gehalt), Zeitwertkonten, Archivierung/Aufbewahrung und Eingangsrechnungen (berufliche Neuorientierung sonstige, Weiterbildung)

³ incl. Verrechnung mit Deckungsvermögen

Nr. 8 Rückstellungen für Pensionen

Der beizulegende Zeitwert der mit den Pensionsrückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände beträgt 1.306 TEUR (Vorjahr 1.370 TEUR). Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen vor Verrechnung beträgt 3.086 TEUR (Vorjahr 3.249 TEUR). In den Pensionsrückstellungen ist ein Betrag von 2.296 TEUR (unsaldiert) für frühere Organmitglieder enthalten.

Nr. 9 Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen insgesamt 88 Mitarbeiter. 67 Mitarbeiter, die bis zum 30. Juni 2013 ATZ-Verträge abgeschlossen haben, befinden sich bereits in ATZ; weitere 21 Mitarbeiter, die bis zum 30. November 2015 ATZ-Verträge abgeschlossen haben, beginnen die ATZ in 2016.

Die BvS hat mit erneutem Schreiben vom 12. Dezember 2013 (erstmalig am 30. Juni 2004) und im Einvernehmen mit dem BMF zugesichert, die Verpflichtungen nach § 8 a AltersteilzeitG zu erfüllen. Die Insolvenzsicherung der Altersteilzeit-Wertguthaben erfolgt somit bei der BvS.

Die Rückstellungen für Abfindungen wurden auf Grundlage des Sozialplans Niederlassungsschließungen 2015 vom 20. Dezember 2013 und des Sozialplans Personalanpassungen 2014-2018 vom 29. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Betriebszugehörigkeit und Alter gebildet. Basis der Rückstellungsbildung für das Jahr 2015 sind die bereits abgeschlossenen Aufhebungsverträge bis zum 31. Dezember 2015 und rechnerisch ermittelte Personalüberhänge auf Grundlage des Plan-Ist-Vergleichs für die Jahre 2016 bis 2020, bewertet mit dem Durchschnittsbetrag der Abfindungszahlungen. Die Rückstellungen werden voraussichtlich bis 2020 in Anspruch genommen.

Laut § 9 Abs.1 des Sozialplans Personalanpassungen Niederlassungsschließungen 2015 kann auf Antrag des Mitarbeiters die Auszahlung der Abfindung in dem auf das Austrittsjahr folgende Kalenderjahr erfolgen. Deshalb wurden im Monat Januar 2016 Abfindungen in Höhe von 2.967 TEUR auf Grundlage von Aufhebungsverträgen zum 31. Dezember 2015 gezahlt.

Die Rückstellungen für Zeitwertkonten wurden auf Grundlage der „Gesamtbetriebsvereinbarung zur Umwandlung von Vergütungsbestandteilen, Urlaubstagen und Mehrarbeit zum Aufbau von Wertguthaben im Rahmen von Zeitwertkonten (ZWK) für bezahlte Freistellungen“ vom 20. Dezember 2012 in der Fassung vom 06. November 2014 gebildet. Da die Inanspruchnahme durch die BVVG-Mitarbeiter nicht zeitlich bestimmt werden kann, wurde eine gleichmäßige Verteilung bis zum geänderten voraussichtlichen Schließungszeitpunkt der BVVG 2030 angenommen.

Die Rückstellungen für Zeitwertkonten wurden vollständig mit dem Deckungsvermögen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der mit den Rückstellungen für Zeitwertkonten verrechneten Vermögensgegenstände beträgt 2.634 TEUR (Vorjahr 1.815 TEUR). Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen vor Abzinsung und Verrechnung beträgt 3.270 TEUR (Vorjahr 2.156 TEUR). Aus der Verlagerung des Schließungszeitpunkts von 2025 auf 2030 ergibt sich eine positive Ergebnisauswirkung im Umfang von 255 TEUR.

Die Insolvenzsicherung der jeweiligen Wertguthaben durch Einzelverpfändung über eine Rückdeckungsversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG.

Die Rückstellungen für Archivierung und Aufbewahrung wurden unter Berücksichtigung der voraussichtlichen jährlichen Kosten ermittelt und abgezinst. Hierbei wurde von jährlich gleichbleibenden Kosten und einer gesetzlichen Aufbewahrungszeit von 10 Jahren ausgegangen.

In den Rückstellungen für Eingangsrechnungen sind Rückstellungen für berufliche Neuorientierung (Seminarerhöhen und Beraterkosten) in Höhe von 91 TEUR (Vorjahr 571 TEUR) und in den Rückstellungen für Sonderzahlungen Rückstellungen für berufliche Neuorientierung (Gehaltsausfallkosten) in Höhe von 17 TEUR (Vorjahr 168 TEUR) enthalten. Grundlage hierfür ist die Betriebsvereinbarung zur beruflichen Neuorientierung vom 29. Januar 2014. Die Bildung erfolgte unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Personalüberhangs 2017-2018. Die Rückstellungen werden voraussichtlich bis 2018 in Anspruch genommen.

Nr. 10 Verbindlichkeiten

Wie im Vorjahr haben alle Verbindlichkeiten mit Ausnahme der sonstigen Verbindlichkeiten aus der Entgeltumwandlung von zwei Abfindungsbeträgen in Höhe von 56 TEUR (Vorjahr 68 TEUR) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Letztere enthalten Beträge mit einer Restlaufzeit von einem bis fünf Jahre in Höhe von 45 TEUR.

Nr. 11 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Rechnungen für Sachausgaben. Sie wurden im ersten Quartal des Jahres 2016 ausgeglichen.

Nr. 12 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen



	2015	2014
	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafterin	46	49
2. Verbindlichkeiten gegenüber der LAFOS Dienstleistungs GmbH i. L.	0	331
3. Kreditorische Debitoren verbundene Unternehmen	0	10
	46	390

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin resultierten aus dem Verrechnungsverkehr.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die laufenden Nummern verweisen auf die entsprechenden Abschlussposten.

Nr. 1 Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsatzerlösebetreffen im Wesentlichen die Vergütung für die Durchführung der Tätigkeiten aus den Geschäftsbesorgungs- und Treuhandverträgen mit der BvS. Die Vergütung ist kostendeckend und schließt einen Gewinnaufschlag ein.

Nr. 2 Sonstige betriebliche Erträge

	2015	2014
	TEUR	TEUR
1. Auflösung von Rückstellungen	3.012	2.069
2. Erträge aus der Erstattung von Aufwendungen	433	870
3. Zahlungseingang Pensionen und Betriebsrente ¹	269	892
4. Periodenfremde Erträge	147	290
5. Sonstige	220	483
	4.081	4.604

¹ Zahlungseingänge aus fälligen Rückdeckungsversicherungen und Pensionszahlungen von Versicherern

Nr. 3 Sonstige betriebliche Aufwendungen



	2015	2014
	TEUR	TEUR
1. EDV-Kosten	4.717	4.521
2. Mieten und Nebenkosten	3.601	3.610
3. nicht abzugsfähige Vorsteuerbeträge aus Eingangsrechnungen	1.938	2.259
4. Aufwendungen für Werbung, Messen, Öffentlichkeitsarbeit (im Vorjahr in Sonstigen enthalten)	455	620
5. Aufwendungen für Dienstleister und Sachverständige	405	2.077
6. Periodenfremde Aufwendungen	40	52
7. Sonstige (im Vorjahr Aufw. aus Rückdeckungsvers. separat, 2015 = 0)	3.258	4.524
	14.414	17.663

Nr. 4 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag belasten in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

V. Sonstige Angaben**Latente Steuern**

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte wie im Vorjahr mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 30 %.

Latente Steuern	2015	2014
(aktive +, passive -)	TEUR	TEUR
1. aus Rückstellungen für Altersteilzeit	634	475
2. aus Pensionsverpflichtungen	211	207
3. aus Rückstellungen für Abfindungen	25	46
4. aus Verbindlichkeiten für Abfindungen	4	6
5. aus Rückstellungen für Zeitwertkonten	94	39
6. aus Rückstellungen für Archivierung/Aufbewahrung	0	0
7. aus sonstigen Rückstellungen (berufliche Neuorientierung - Seminargebühren und Beraterkosten)	1	3

Latente Steuern	2015	2014
(aktive +, passive -)	TEUR	TEUR
8. aus Rückstellungen für Sonderzahlungen (berufliche Neuorientierung - Gehaltsausfallkosten)	0	1
	969	777

Es ergibt sich ein Aktivüberhang von 969 TEUR. Auf die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern wurde entsprechend § 274 Absatz 1 HGB verzichtet.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

2015 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 540 Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung und ohne Langzeiterkrankte), davon 441 mit unbefristeter und 99 mit befristeter Anstellung, sowie 17 Auszubildende.

Geschäftsführung

Stefan Schulz
Geschäftsführer

Wolfgang Suhr
Geschäftsführer

Herr Suhr ist für die Bereiche Personal/Verwaltung (PE), Finanzen/Rechnungswesen/Steuern (FI) und Controlling/IT (CO) und Herr Schulz für die Bereiche Verkauf/Verpachtung (VV) und Recht (RE) sowie die Auslandsberatung zuständig. Die Stabsstelle Presse/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (PR) wird gemeinsam von beiden Geschäftsführern betreut. Die Aufgaben der Internen Revision werden seit dem 01.07.2015 auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom Stabsbereich Innenrevision (VOIR) der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wahrgenommen.

Aufsichtsrat

Vertreter der Anteilseigner

Ministerialdirigent Dr. Johannes Schuy
Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG
(ab 16.07.2015, Vorsitzender ab 10.09.2015)
Unterabteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen

Ministerialrat a.D. Manfred Weidemann
Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG
(bis 15.07.2015)

Ministerialdirektorin Dr. Katharina Böttcher
Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der BVVG



(ab 16.07.2015, Stellv. Vorsitzende ab 10.09.2015)
Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Ralf Wolkenhauer
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG
(bis 15.07.2015)
Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Direktorin Sabine Lorscheid
(ab 16.07.2015)
Stellv. Spartenleiterin Portfoliomanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Hans Bernhardt
Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Axel Kunze
(bis 15.07.2015)
Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Vertreter der Arbeitnehmer

Angela Rogge
Referentin Bereich Verkauf/Verpachtung der Zentrale

Gerhard Ludden
Justiziar in der Niederlassung Sachsen-Anhalt

Bezüge der Organmitglieder

a) Bezüge der Geschäftsführung

Die Bezüge der Geschäftsführung von 400.657,02 EUR setzen sich wie folgt zusammen:

	S. Schulz	W. Suhr	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR
1. Grundvergütung	150	150	300
2. Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung	7	15	22
3. Nebenleistungen	37	42	79
	194	207	401

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung wurden Bezüge von 152.457,18 EUR geleistet.

Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Geschäftsführer betragen zum 31. Dezember 2015 insgesamt 2.296.161 EUR (vor Verrechnung mit Deckungsvermögen).

b) Bezüge des Aufsichtsrates

Die Aufsichtsratsbezüge beliefen sich 2015 auf 26 TEUR und setzen sich wie folgt zusammen:

	Vergütung EUR	Sitzungsgelder EUR	Gesamt EUR
Herr Dr. Schuy	2.584	220	2.804
Herr Weidemann	3.616	220	3.836
Frau Dr. Böttcher	1.938	220	2.158
Herr Wolkenhauer	2.712	220	2.932
Frau Lorscheid	1.292	220	1.512
Herr Kunze	1.808	220	2.028
Herr Bernhardt	3.100	330	3.430
Frau Rogge	3.100	440	3.540
Herr Ludden	3.100	440	3.540
	23.250	2.530	25.780

Gesamthonorare des Abschlussprüfers

Die Gesamthonorare des Abschlussprüfers betragen für das Geschäftsjahr 50 TEUR (netto). Sie beinhalten ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB, die nicht in der Bilanz enthalten sind, gliedern sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

	2016 TEUR	2017-2020 TEUR
1. Miet- und Leasingverträge (inklusive Nebenkostenvorauszahlungen, ohne Energieversorgung) mit festen Laufzeiten, die in den Jahren 2016 und 2017 enden	ca. 2.500	ca. 2.500
2. Verträge und Rahmenvereinbarungen über den Bezug von EDV-Leistungen mit unterschiedlichen Laufzeiten	1.810	5.230



	2016	2017-2020
	TEUR	TEUR
3. notwendige Pflege- und Entwicklungsleistungen und Kauf von Daten der automatisierten Liegenschaftskarten	3.733	0
4. unbefristet abgeschlossene Verträge mit einer Kündigungsfrist zwischen 3 und 6 Monaten (Wartungsverträge, Wachschutz) sowie Lieferverträge für Energie und Dienstleistungsverträge mit fester Laufzeit (Objektreinigung, Aktenlagerung, Datenträgervernichtung, Kurierdienste, arbeitsmedizinische Betreuung)	ca. 580	0

Berlin, 31. März 2016

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH*Stefan Schulz**Wolfgang Suhr***Anlagengitter zum 31.12.2015**

	01.01.2015	Anschaffungskosten		31.12.2015
		Zugänge	Abgänge	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Software	3.901.315,19	26.923,65	0,00	3.928.238,84
	3.901.315,19	26.923,65	0,00	3.928.238,84
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.524.487,17	472.973,35	2.379.623,61	8.617.836,91
	10.524.487,17	472.973,35	2.379.623,61	8.617.836,91
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen				
Aktivwerte				



	Anschaffungskosten			
	01.01.2015	Zugänge	Abgänge	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
Rückdeckungsversicherung				
Pensionen	0,00	64.388,83 ¹	64.388,83	0,00
Aktivwerte				
Rückdeckungsversicherung				
Zeitwertkonten	5.635,34	1.175.834,37	1.129.365,75 ²	52.103,96
	5.635,34	1.240.223,20	1.193.754,58	52.103,96
	14.431.437,70	1.740.120,20	3.573.378,19	12.598.179,71
	Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2015	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	3.534.952,19	233.906,65	0,00	3.768.858,84
	3.534.952,19	233.906,65	0,00	3.768.858,84
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.449.409,17	966.115,35	2.158.315,61	7.257.208,91
	8.449.409,17	966.115,35	2.158.315,61	7.257.208,91
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen				
Aktivwerte				
Rückdeckungsversicherung				
Pensionen	0,00	0,00	0,00	0,00



	Anschaffungskosten			31.12.2015 EUR
	01.01.2015 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	
Aktivwerte				
Rückdeckungsversicherung				
Zeitwertkonten	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	11.984.361,36	1.200.022,00	2.158.315,61	11.026.067,75
			Buchwerte	
		31.12.2015		31.12.2014
		EUR		EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		159.380,00		366.363,00
		159.380,00		366.363,00
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.360.628,00		2.075.078,00
		1.360.628,00		2.075.078,00
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen				
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung Pensionen		0,00		0,00
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung Zeitwertkonten		52.103,96		5.635,34
		52.103,96		5.635,34
		1.572.111,96		2.447.076,34

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 3. Mai 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dierk Schultz, Wirtschaftsprüfer
ppa. Ilke Brandl, Wirtschaftsprüferin

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 wurde am 13. Juni 2016 festgestellt.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat (AR) ist im Geschäftsjahr 2015 in vier Sitzungen von der Geschäftsführung (GF) umfassend über die Lage der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf und die Geschäftspolitik unterrichtet worden.

Schwerpunktt Themen waren die Beendigung der Gespräche zwischen Bund und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt über einen etwaigen Erwerb der BVVG-Flächen in den jeweiligen Ländern sowie die Änderung der Privatisierungsgrundsätze 2010 zum Juli 2015 und die damit verbundene Entwicklung der Langfriststrategie 2030 der BVVG.

Weiterhin wurde der AR über die Arbeit der vom Bundesministerium der Finanzen eingesetzten Projektgruppe zur Aufgabenerledigung der BvS, das von der Geschäftsführung erstellte Personalentwicklungskonzept, die Durchführung des Umzugsprojektes in Verbindung mit der Schließung von vier Niederlassungen zum 31.12.2015 sowie die zukünftige Wahrnehmung der Aufgaben der Innenrevision der BVVG zum 01.07.2015 durch die BImA informiert.

Außerdem wurde der AR u. a. über des Vorabentscheidungsverfahren des EuGH bezüglich der Beanstandung eines Preismissverhältnisses nach Grundstücksverkehrsgesetz, das BGH-Urteil vom 12.12.2014 zur Verjährung von Kaufpreisansprüchen bei EALG-Kaufverträgen von Pächtern sowie den Stand der Verhandlungen über den Verkauf von Flächen an die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zwecks Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bzw. des Hochwasserschutzes unterrichtet. Der AR hat der Fortsetzung der internationalen Beratungstätigkeit des Auslandsbüros der BVVG zugestimmt.

Auf der Basis von Vorlagen und mündlicher Berichterstattung der GF hat der AR die Aufgabenerledigung der Gesellschaft entsprechend seiner gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Zuständigkeit überwacht. Außerhalb der regulären Aufsichtsratssitzungen haben der Vorsitzende des AR und die GF wichtige Vorgänge gesondert besprochen.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 12.05.2015 wurde der § 10 des Gesellschaftsvertrages dahingehend angepasst, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nicht mehr nach dem Drittelbeteiligungsgesetz gewählt werden, sondern stattdessen von der Gesellschafterin auf Vorschlag des Gesamtbetriebsrates berufen werden können.

Mit Beschluss der Gesellschafterin vom 18.06.2015 wurden aufgrund des Auslaufens der Mandate von Herrn Weidemann, Herrn Wolkenhauer und Herrn Kunze mit Entlastung für das Geschäftsjahr 2014 die neuen Mitglieder Herr Dr. Schuy, Frau Dr. Böttcher und Frau Lorscheid in den Aufsichtsrat berufen. Herr Bernhardt wurde für eine weitere Amtszeit berufen. Außerdem wurden als Arbeitnehmervertreter die bisher gewählten Mitglieder Frau Rogge und Herr Ludden auf Vorschlag des Gesamtbetriebsrates berufen.

Die Gesellschafterin ist mit Beschluss vom 11.09.2015 dem Vorschlag der GF und der Empfehlung des AR gefolgt, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, als Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2015 zu bestellen. Die Abschlussprüferin hat die Buchführung der BVVG, den Jahresabschluss zum 31.12.2015 und den Lagebericht der GF mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Für das Treuhandgeschäft hat die Abschlussprüferin die Übereinstimmung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag in der mit der Gesellschafterin abgestimmten Form bescheinigt. Die Abschlussprüferin hat im Rahmen ihrer Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz keine Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung festgestellt.

Der AR hat den Jahresabschluss, den Lagebericht der GF und den Vorschlag der GF für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Die Prüfung insgesamt sowie die Behandlung des Jahresabschlusses im Beisein der Abschlussprüferin in der Aufsichtsratssitzung vom 09.06.2016 ergaben keinen Anlass zu Einwendungen. Der AR hat der Gesellschafterin empfohlen, der vorgeschlagenen Gewinnverwendung zuzustimmen und den Jahresabschluss festzustellen.

Dr. Johannes Schuy

Vorsitzender des Aufsichtsrates



**Auszug aus der Niederschrift über die 104. Sitzung des
Aufsichtsrates der BVVG am 09.06.2016**

TOP 4.4 Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2015 festzustellen.

TOP 5 Verwendung des Bilanzgewinnes

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, die Ausschüttung des Gewinns 2015 der BVVG GmbH von 755.723,19 EUR in voller Höhe an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 21.07.2016 zu beschließen.

**Auszug aus der Niederschrift über die Gesellschafterversammlung
der BVVG am 13.06.2016**

TOP 1.2: Feststellung des Jahresabschlusses der BVVG für das Geschäftsjahr 2015

Die Gesellschafterin stellt den Jahresabschluss der BVVG für das Geschäftsjahr 2015, der von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Testat versehen wurde, fest.

TOP 2: Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2015

Die Gesellschafterin beschließt die Ausschüttung des Gewinns der BVVG GmbH in Höhe von 755.723,19 € an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 21. Juli 2016.